

Kommentar

Courage und Fortune

Termin fürs Referendum, Taufe des Airbus 380

MEDARD RITZENHOFEN*

Politesse oblige! Am Anfang stehen deshalb gute Wünsche. Es gehört zu den traditionellen Pflichten des französischen Staatspräsidenten, zum Jahresbeginn einen veritablen „marathon des vœux“ zu absolvieren. Alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Landes wollen mit einer Rede bedacht sein. Nach der allgemeinen Neujahrsansprache ist die Reihe an den beiden Kammern des Parlaments, den Sozialpartnern, den Repräsentanten der Religionen, den Spitzen der Verwaltung, dem diplomatischen Korps und der Presse. Über die formalen Höflichkeiten hinaus bietet die Serie von Ansprachen dem Präsidenten Gelegenheit, seine politischen Prioritäten für die kommenden zwölf Monate zu pointieren, ohne dabei in dornige Details gehen zu müssen. So wird 2007 zunächst im Zeichen von Europa stehen. Jacques Chirac hat entschieden: Noch vor der Sommerpause, im Mai oder Juni, wird Volkes Stimme über die Europäische Verfassung entscheiden.

„Le référendum sur la Constitution européenne“ markiert das einzige und überdies letzte nationale Rendezvous an den Urnen, bevor die französischen Wähler im Jahr 2007 aufgerufen sein werden, einen neuen Präsidenten sowie ein neues Parlament zu bestimmen. Seit langem schießen die Spekulationen über dieses Superwahljahr ins Kraut.

Einerseits hat der neue Chef der Regierungspartei UMP Nicolas Sarkozy seine präsidentiellen Ambitionen frühzeitig erkennen lassen. Andererseits verdichtet sich das Gerücht, Jacques Chirac könne als erster Präsident eine dritte Amtszeit ins Auge fassen. Doch zunächst richtet sich alle Aufmerksamkeit auf Europa. Beim Referendum über die EU-Verfassung steht Chirac in vorderster Linie. Nicht nur geht der Volksentscheid auf seine Initiative zurück, auch dessen Ausgang wird sich – im einen wie im anderen Fall – in seiner außenpolitischen Bilanz niederschlagen. Wenn der Präsident diesen Volksentscheid ausdrücklich nicht als „politische Wahl“ verstanden wissen will, so hält er die Regierung nicht minder nachdrücklich zu einem „lückenlosen Engagement im Dienst der großen europäischen Ambition“ an. Mehr noch: Für den „grand dessein européen“ sollte die Nation über alle politischen Lager hinweg Geschlossenheit zeigen.

Der erste entscheidende Schritt für eine proeuropäische „union sacrée“ ist bereits mit dem Bekenntnis der französischen Sozialisten für Europa erfolgt. In deren parteiinterner Urabstimmung am 1. Dezember 2004 votierten 59 Prozent für den EU-Verfassungsvertrag. Mit 82 Prozent der rund 120 000 Mitglieder des Parti Socialiste (PS) lag die Wahl-

* Medard Ritzenhofen lebt als freier Journalist in Paris / Straßburg.

beteiligung dieses linken Probelaufs für das nationale Plebiszit erstaunlich hoch. Das wachsende allgemeine Unbehagen über Europa sowie die spezielle französische Neigung, sich bisweilen durch spektakuläre Stimmabgaben in Szene zu setzen, machten eine Ablehnung des EU-Vertrags durchaus möglich.

Mit ihrem proeuropäischen Votum bewiesen die französischen Sozialisten Verantwortung und Reife. Erstere, weil ein „Non“ zwar ein Medienecho sondergleichen erzeugt hätte, als Menetekel aber mit unabsehbaren Folgen für Europa verbunden gewesen wäre. Zweitere, weil die französische Linke mit ihren diversen Traditionen und Kulturen lange ein gespaltenes Verhältnis zu Europa gepflegt hat. In dem kürzlich von Jean-Jacques Becker und Gilles Candar herausgegebenen zweibändigen Standardwerk „Histoire des gauches en France“ (La Découverte) wird noch einmal anschaulich, dass es die Linke war, die der Idee der Nation zum Durchbruch verhalf, die die Bindung an die Nation stärkte, die große Unternehmen verstaatlichte. Der europäische Gedanke war der im April ihr 100-jähriges Bestehen feiernden Sozialistischen Partei nicht in die Wiege gelegt worden. Noch 1978 tönnte François Mitterrand: „L'Europe sera socialiste ou ne sera pas!“ Doch war es eben auch Mitterrand, mit dem die Sozialisten zu engagierten Europäern wurden. Der erste linke Präsident der V. Republik stellte entgegen seiner früheren Programmatik 1983 die Weichen für eine strenge Währungspolitik, um Frankreich nach drei Franc-Abwertungen im Europäischen Währungssystem zu halten. Und beim Referendum zum Vertrag von Maastricht warf Mitterrand 1992 sein ganzes politisches Gewicht für dessen Annahme in die Waagschale.

Mit ihrem „vote de raison“ für die EU-Verfassung haben die Sozialisten an die pragmatische „culture de gouvernement“ angeknüpft, hinter der die Überzeugung aufscheint: Le PS sera européen ou ne sera plus!

Ist damit die späte Metamorphose der französischen Sozialisten zu Sozialdemokraten vollendet? Noch immer schreckt die Partei vor dieser Sprachregelung zurück. Nicht ohne Grund, denn, wie Claude Imbert in seinem wöchentlichen „Le-Point“-Editorial trefflich formulierte: „Chez les sacristains de la vieille gauche, la social-démocratie sent toujours le fagot.“

Bestätigung für Hollande

Ohne ironische Volte scheint in Frankreich keine wegweisende Entscheidung zu fallen. Diesmal wurde sie von Mitterrands einstigem politischen Ziehsohn vollzogen, der sich gegen seinen Habitus als Liberaler unter den Linken zum Wortführer des „Non“ zum EU-Vertrag aufgeschwungen hatte. Laurent Fabius ist damit der große Verlierer der parteiinternen Konsultation. Der als „numéro 2 du parti“ apostrophierte Sozialist, der sich mit seiner von den anderen Parteigranden abweichenden Haltung für die Kandidatur 2007 in Stellung bringen wollte, ist damit noch nicht aus dem Spiel, muss sich aber fürs Erste hinten anstellen.

Dienen die sogenannten „courants“ des PS in erster Linie deren jeweiligen Chefs als Steigbügelhalter für persönliche Ambitionen, so hat sich der Namenspatron der „fabiusiens“ selbst in die Tinte geritten. Mit seinen sozialen Parolen kam der Gentilhomme bei den Genossen nicht durch. Honoriert wurde dagegen die Courage von François Hollande. Der Erste Sekretär der Sozialisten gab mit der von ihm angesetzten Urabstimmung ein Beispiel für innerparteiliche Demokratie. Hätte sich Fabius durchgesetzt, wäre Hollande der Dumme gewesen. Doch wenn die EU-Verfassung nun auch Volkes Segen erhalten wird, ist es Jacques Chirac, der die politische Rendite des Referendums einstreicht.

Deshalb geht der 50-jährige Hollande aber nicht leer aus. Hatte Fabius den wenig charismatischen Parteifreund als im Schatten ges-

deihende „Walderdbeere“ („fraise des bois“) verspottet, so kann *Hollande* die Früchte des parteiinternen Votums im Rampenlicht genießen. „L'homme de l'année“ nannte ihn das Nachrichtenmagazin „Le Point“ in seiner letzten Titelgeschichte 2004. Der seit 1997 als „premier secrétaire“ amtierende *Hollande* hat als „numéro 1 du parti“ an Statur gewonnen. Im zurückliegenden Jahr durfte er sich drei Siege gutschreiben: Am 28. März entschieden die Sozialisten die Wahl in 21 von 22 Regionen für sich. Am 13. Juni wurde der PS bei den Europawahlen mit 30 Prozent der Stimmen „le premier parti de France“. Dass schließlich fast zwei Drittel der Partei seiner Empfehlung bei der internen EU-Konsultation folgte, darf *Hollande* als persönliche Bestätigung dafür werten, dass mit ihm als Patron der PS das Trauma seiner eklatanten Niederlage bei der Präsidentschaftswahl vom 21. April 2002 verarbeitet hat. Auch wenn *Hollande* noch nicht auf den sozialistischen Schild für 2007 gehoben wurde, gilt er nun als erste Wahl für die nächste Präsidentschaftskandidatur.

Doch damit beginnt der schwerste Teil seiner Arbeit. Denn wenn 2004 als „un bon cru pour les socialistes“ („Le Figaro“) in die Annalen eingehen wird, so waren die Siege der Linken bei den Regional- und Europawahlen in erster Linie der Unzufriedenheit der Wähler mit der rechten Regierung geschuldet. Die wichtigste Aufgabe wird deshalb darin bestehen, dem von den Sozialisten propagierten „réformisme de gauche“ konkrete Inhalte zu geben. Mit den ehemaligen Jospin-Ministern *Martine Aubry*, *Jack Lang* und *Dominique Strauss-Kahn* hat *Hollande* eine namhafte Troika berufen, die unter seiner Verantwortung das sozialistische Projekt für 2007 auf den Weg bringen soll. Der auch weiterhin als „numéro 2“ geltende *Fabius* ist nicht mit von der Partie. Umso mehr wird er ein Wörtchen mitreden wollen, wenn es darum geht, wer die Sozialisten in zwei Jahren in den Wahlkampf führen wird.

Sarkozys Strategie

Napoleon scheint auch nach 200 Jahren eine politische Referenz zu sein. Wenn „Le Monde“ in einem Kommentar zu *Hollandes* Sieg am 1. Dezember Austerlitz bemühte, so firmierte die Wahl des Gegenspielers auf der Rechten zum Vorsitzenden der UMP drei Tage zuvor unter dem Stichwort „le sacre“. Zumindest in der Perfektion ihrer Inszenierung stand die Inthronisierung *Nicolas Sarkozys* der Krönung des Korsen zum Kaiser nicht nach. Feldgottesdienst, Techno-Sound, Lichtgewitter: Die „Sarko-Show“ ließ keine medialen Wünsche offen. 85 Prozent der UMP-Mitglieder wählten *Sarkozy* zu ihrem neuen Chef, der damit ebenso unumstrittene Nummer eins der Rechten ist wie *Hollande* auf der Linken.

Doch *Sarkozy* sieht seinen eigentlichen Widersacher weniger in dem linken Parteiführer als in dem rechten Präsidenten. Warum sonst spricht er gern vom „Wechsel, den Frankreich erwartet“, wo die von ihm geführte UMP seit fast drei Jahren Frankreich mit absoluter Mehrheit regiert? *Sarkozy* nimmt an *Chirac* Maß. Das fällt ihm umso leichter, als er denselben Biss hat wie der alte Leitwolf der Rechten. *Chiracs* aufgeklärter Despotismus und *Sarkozys* demonstrativer Karrierismus sind nur die zwei Seiten eines Alphetyps, der in den Medien gemeinhin als Vollblutpolitiker bezeichnet wird. Als hyperaktive Pragmatiker haben sich die beiden Neogaullisten in ihrem Machtstreben am wenigsten vom Erbe *de Gaulles* beeinflussen lassen. Legte der General Wert darauf, über den Parteien zu stehen, so wurzeln *Chirac* wie *Sarkozy* in ihrer Partei. Mit seinen stets unter der Decke gehaltenen Parteispendenaffären hat *Chirac* das Andenken an den Republikgründer so wenig hochgehalten wie mit der Verkürzung der präsidentialen Amtszeit von sieben auf fünf Jahre.

Während *Chirac* das institutionelle Prestige des Präsidenten geschmälert hat, gefällt sich *Sarkozy* darin, dem Staatsoberhaupt an

die Karosse zu fahren. Ob mit seiner Sympathie für die politischen Sitten in den USA, dem von ihm befürworteten Konzept der „positiven Diskriminierung“ als berufliches Sprungbrett für Immigranten oder seinem Rütteln am Laizismus: Sarkozy ist kein Thema heilig, um sich von Chirac abzugrenzen. Auch in der Türkei-Debatte tut Sarkozy alles andere als das, was man vom Chef einer Präsidentenpartei erwarten dürfte. Während Chirac – nicht anders als Bundeskanzler Schröder – einer Aufnahme der Türkei in die EU grundsätzlich positiv gegenübersteht, glaubt Sarkozy – in Übereinstimmung mit der deutschen Oppositionschefin Angela Merkel – der EU nicht mehr zumuten zu können als „un partenariat privilégié“ mit Ankara.

Bevor die Staats- und Regierungschefs der EU sich Mitte Dezember zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschlossen, hatte Chirac in einem Fernsehgespräch seine Position eines „Oui, si“ dargelegt. So sieht er in der Aufnahme Ankaras „einen Gewinn an Sicherheit, Stabilität und Frieden“ für Europa, wenn die Türkei alle Beitrittsvoraussetzungen erfüllt. Doch bevor dieser Fall „in zehn oder 15 Jahren“ wirklich aktuell wird, haben die Franzosen „das letzte Wort“ in Form eines Referendums. Fände das Türkei-Referendum heute statt, würde es um den Beitritt Ankaras schlecht bestellt sein. Zwei Drittel der Franzosen wollen von der Türkei als 28. Mitglied der EU nichts wissen. Chiracs eigene Partei sagt Nein. Der in Frankreich als „Vater“ des EU-Vertrages geltende Valéry Giscard d'Estaing hält eine türkische EU-Mitgliedschaft ebenso für einen Fehler wie der Vorsitzende der europhilen UDF François Bayrou. Es ist die sozialistische Opposition, die in der Türkei-Debatte dem Präsidenten am nächsten steht, wobei sie ihre definitive Haltung vom Ergebnis der Beitrittsverhandlungen abhängig machen will. So zeugt Chiracs Position in dieser Frage von Courage. Denn selten bestand zwischen einem Präsidenten und der öffentlichen Meinung eine so große Kluft wie

bei dem Thema Türkei. Hier denkt Chirac durchaus gaullistisch, wenn er eine „gewisse Idee“ Europas vom Atlantik bis zum Taurus gegen alle Widerstände verteidigt.

Entweder man will die Türkei in der EU haben oder nicht. Für beide Standpunkte gibt es gute Gründe. Das Angebot einer „privilegierten Partnerschaft“ aber ist pure Heuchelei. Denn eine solche unterhält Ankara seit langem zu Europa. „Et si Chirac avait raison?“, fragt mit Alain Duhamel einer der einflussreichsten französischen Kolumnisten. Auf alle Fälle ist die Gefahr, dass des Präsidenten „Oui, si“ gegenüber der Türkei ein „dans ce cas-là, non“ zu Europa bewirkt, also die ablehnende Haltung der Franzosen gegenüber dem Türkei-Beitritt auf das Referendum über den Verfassungsvertrag durchschlägt, nach dem zustimmenden Votum der Sozialisten kleiner geworden.

Modell Airbus

Nichtsdestotrotz wäre ein Quentchen Fortune nicht die schlechteste Beigabe für das anstehende Referendum. Reichen doch soziale Einschnitte, unpopuläre Reformen oder sinkende Kaufkraft aus, damit das launische Wahlvolk aus Unmut oder Trotz sein Stimmrecht als Denkkzettel für die Regierenden nutzt. Dies umso eher, als sich das Grollen des Öffentlichen Dienstes über Einsparungen, Privatisierungen und Stellenabbau nach einer Streikpause von zwei Jahren wieder in Massenprotesten mit Arbeitsniederlegungen äußerte. Laut Umfragen zeigen 65 Prozent der Bevölkerung Verständnis für die Streiks bei Post und Bahn sowie den Lehrern. Premierminister Raffarin sieht aber keinen Verhandlungsspielraum.

Den wirtschaftspolitischen Bilanzen lassen sich auch nur mit viel gutem Willen positive Seiten abgewinnen. Doch hat es der Altmeister des Voluntarismus noch immer verstanden, „optimisme malgré tout“ zu verbreiten. So stellte Chirac in seiner Neujahrsan-

sprache zufrieden fest, dass sich die Arbeitslosigkeit unter 10 Prozent „stabilisiert“ habe. Dass bei 9,9 Prozent nicht viel fehlt, damit die psychologische Zehner-Marke überschritten wird, sagte er nicht. Wie immer setzt der Präsident große Hoffnungen in das Wachstum, dessen Kraft er durch den Wunsch nach einer „société de croissance“ beschwor. Dabei hat der neue Wirtschafts- und Finanzminister *Hervé Gaymard*, der *Sarkozy* in Bercy gefolgt ist, die Wachstumsprognose für 2005 bereits um ein halbes Prozent auf zwei Prozent zurückschrauben müssen. Schuld daran ist nicht zuletzt der defizitäre Außenhandel. Anders als Deutschland, das im letzten Jahr mit seinen Ausfuhren einen beachtlichen Handelsüberschuss erzielte, sind die Franzosen keine Export-Weltmeister. Auf den vielversprechenden Märkten in Fernost ist Frankreich zu schwach vertreten. Da kommt der Großauftrag von Singapore Airlines wie gerufen. Die asiatische Fluggesellschaft ist die erste, an die zehn Exemplare des A380, das neuen Vorzeigemodells von Airbus, im nächsten Jahr geliefert werden sollen.

Am 18. Januar wurde dieses größte Passagierflugzeug aller Zeiten feierlich vorgestellt. *Jacques Chirac*, *Tony Blair*, *Gerhard Schröder* und *José Luis Rodríguez Zapatero* ließen es sich nicht nehmen, der Präsentation in Toulouse die Weihe eines politischen Gipfeltreffens zu geben. Galt es mit dem Stapellauf des A380 doch das größte Industrieprojekt Europas zu feiern. Mit seinem neuen Flaggschiff will Airbus endgültig die Vormachtstellung des amerikanischen Konkurrenten Boeing in der Luftfahrtindustrie brechen.

Dieser gemeinsame wirtschaftspolitische Ehrgeiz ist Balsam für die wunde Seele des alten Europa. Frankreich und Deutschland einerseits, England und Spanien andererseits: Die vier Großen der EU, die in der Irak-Frage so heftig über Kreuz gestanden hatten, demonstrierten als gemeinsame Bauherren des Luftgiganten den „Triumph europäischer Wissenschaft und Ingenieurskunst“ (Schröder).

Das „menschliche Wunderwerk“ (*Chirac*) hat man sich einiges kosten lassen. Rund zwölf Milliarden Euro betragen bisher die Entwicklungskosten für den zweistöckigen High-Tech-Vogel. Doch wer die USA in die Schranken weisen will, darf bei der Industriepolitik nicht kleinlich sein.

„Unter dem Namen Airbus hat Europa eine der schönsten Seiten seiner Geschichte geschrieben“, warf sich Airbus-Chef *Noël Forgeard* in die Brust. Weniger schön und alles andere als europäisch war sein eigenes Verhalten beim Machtkampf um die Spitzenposten des europäischen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS. Der ehrgeizige französische Topmanager setzte alles daran, die alleinige Führung des europäischen Unternehmens an sich zu reißen. Dabei war EADS mit seiner deutsch-französischen Doppelspitze bislang sehr erfolgreich gefahren, was nicht zuletzt dessen Tochterunternehmen Airbus beweist. Auch wenn *Forgeards* Vorstoß abgewehrt werden konnte, schrieb der enge Vertraute *Chiracs* ein weiteres Kapitel jener „Chronique scandaleuse“, die da heißt, wie setze ich nationale Interessenpolitik auf Biegen und Brechen der europäischen Solidarität durch.

Auch beim neuen Prestigeobjekt der Lüfte tut Frankreich so, als sei dieses in erster Linie ein Ausweis des eigenen *Savoir-faire*. Liegt es daran, dass Frankreich schon einmal – gemeinsam mit England – das schönste und schnellste Flugzeug der Welt gebaut hat? Doch die Concorde nahm vor fünf Jahren mit einem Absturz nahe Paris ein trauriges Ende. Der Name des eleganten Überschallflugzeugs aber sollte dem Hochleistungsgiganten der Lüfte Mahnung und Appell sein. Denn nur in partnerschaftlicher Eintracht können die Europäer den USA Paroli bieten. Dass der alte Kontinent die unternehmerische Courage dazu aufbringen kann, hat er mit dem A380 bewiesen. Bleibt zu hoffen, dass dessen Höhenflug in jeder Hinsicht von Fortune getragen wird.